

7. II. 1918

### Der Antrag auf Auflösung der agrarischen Zentralstelle abgelehnt.

Der ständige Ausschuss der agrarischen Zentralstelle hielt heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Herrenhausmitgliedes Fürst Karl Aueršperg eine Sitzung ab, in welcher der Antrag des ständigen Referenten Reichsritter Simic v. Hohenblum auf Auflösung der agrarischen Zentralstelle zur Verhandlung kam. Reichsritter v. Hohenblum begründete seinen Antrag damit, daß durch die Auflösung der freien agrarischen Vereinigung im Abgeordnetenhaus der Zentralstelle die Fortsetzung ihrer bisherigen Agrarpolitik unmöglich sei und daß die agrarische Zentralstelle mangels des für sie unbedingt notwendigen Rückhaltes keine Existenzberechtigung mehr habe.

Namens der deutschen agrarischen Abgeordneten ergriff Abgeordneter Soll das Wort, um den Vorschlag des Referenten zu bekämpfen. Er wies zunächst darauf hin, daß die freie agrarische Vereinigung im Abgeordnetenhaus in dieser Session nicht aktiviert wurde, da nach den am 30. Mai 1917 abgegebenen staatsrechtlichen Erklärungen der nichtdeutschen Parteien die politische Konstellation ihr Wiederaufleben nicht opportun erscheinen ließ. Daher sei auch die Behauptung, die deutschen Agrarier hätten diese Vereinigung jüngst gesprengt, nicht im Einklang mit den Tatsachen.

Referent v. Hohenblum erklärte, daß die Sprengung der freien agrarischen Vereinigung im Abgeordnetenhaus erst kürzlich aus Anlaß der vom Abgeordneten Parc einberufenen Versammlung agrarischer Abgeordneter durch die deutschen Agrarier erfolgt sei.

Da Abg. Soll dieser Behauptung widersprach, zog der Vorsitzende Fürst Aueršperg telephonisch bei der Kanzlei des Abgeordnetenhauses Erkundigungen ein und erhielt die Antwort, daß eine freie agrarische Vereinigung in dieser Session des Reichsrates nicht angemeldet worden sei.

Reichsritter v. Hohenblum betonte nunmehr die Notwendigkeit, daß alle agrarischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei und der Nation sich zu einer festen und geschlossenen Ständevertretung im Abgeordnetenhaus zusammenschließen müssen, wenn die Agrarische Zentralstelle ihre Tätigkeit fortsetzen solle.

Abg. Soll erwiderte, daß die Agrarier im Abgeordnetenhaus dasselbe Bild bieten wie die Völker Oesterreichs. Die einen wollen die agrarischen Interessen nur im Rahmen eines czechoslowakischen, die anderen nur in einem südslawischen Staate vertreten. Die deutschösterreichischen Agrarier aber haben das Interesse Oesterreichs im Auge und können daher nicht ihre Volksinteressen hinter einen Panagrarisismus stellen, der von den nichtdeutschen Agrariern gleichfalls abgelehnt wird. Oesterreichs künftige Entwicklung werde gewiß die Möglichkeit bieten, daß die Agrarier aller Nationen und Parteien einträchtig an den Aufgaben arbeiten können, die zur Erhaltung und Pflege der Landwirtschaft erfüllt werden müssen. Man müsse aber erst das Eintreten dieser Entwicklung abwarten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.